

Initiativen der KPÖ

Gemeinderatssitzung am 19.01.2023

Fragen

WIKI KBBE Johanna-Kolleger-Straße	Mina Naghibi
Stille Stunde	Philipp Ulrich
Medienkooperationen	Daniela Katzensteiner, BA
Boccia für Senior:innen	Kurt Luttenberger
Film-Commission	Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther

Dringliche Anträge

Entlastung für Mieter:innen	Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther
Formulare in einfacher Sprache	Philipp Ulrich

Gemeinderätin Mina Naghibi

Donnerstag, 19. Jänner 2023

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 19. Jänner 2023

An Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Betrifft: **WIKI KBBE Johanna-Kollegger-Straße**

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

Mitte Dezember 2022 wurden Eltern von Kindern in der WIKI Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtung Johanna-Kollegger-Straße per Email darüber informiert, dass aufgrund von schwerwiegenden Problemen in den Rohr- und Kanalsystemen des Gebäudes eine Totalsanierung notwendig ist und der letzte offizielle Betriebstag der Kindergarten- bzw. Kinderkrippengruppe ihres Kindes der 8.9.2023 sein wird. Als Alternative für das kommende Kinderbildungs- und -betreuungsjahr wurde den Eltern die WIKI-KBBE in der Wagner-Biro-Straße angeboten, bei der sie bevorzugt aufgenommen werden würden, sofern sie die Aufnahmekriterien für solche elementaren Bildungsstätten bei der Voranmeldung ihres Kindes für einen Platz am neuen Standort erfüllen.

Dazu muss man sagen, dass die Vormerkfrist für das bevorstehende Kinderbildungs- und -betreuungsjahr zu dem Zeitpunkt, als die Eltern mit dieser Hiobsbotschaft konfrontiert wurden, gerade mal 34 Tage entfernt war.

Weiters wurde den Eltern von WIKI mitgeteilt, dass das gesamte Kinderteam mit zum neuen Standort wechseln wird. Wohl gemerkt, ohne mit dem pädagogischen Team vor Ort ausreichend darüber zu kommunizieren. Denn in der besagten Email bleibt u.a. unklar, welche Entscheidungen in Bezug auf die pädagogischen Teams der anderen Gruppen – darunter zwei Kinderkrippengruppen – getroffen werden.

Vom ABI-Servicecenter habe ich die Auskunft erhalten, dass es keine Garantie gibt, dass WIKI nach der Totalsanierung die elementarpädagogische Arbeit der KBBE am Standort in der Johanna-Kollegger-Straße wiederaufnehmen wird, da die Immobilie im Besitz des Trägers ist und dieser keine solche Zusage gemacht hat.

Das von WIKI angebotene Austauschtreffen mit den Eltern zeigte dann auch, dass es für sie und ihre Kinder in Wirklichkeit keine Garantie für einen Betreuungsplatz am neuen KBBE Standort in der Waagner-Biro-Straße gibt.

Die betroffenen Eltern und ihre Kinder werden damit vor große soziale, wirtschaftliche und nicht zuletzt pädagogische Probleme gestellt, die es zu lösen gilt. Darum stelle ich an dich folgende

Frage

Sehr geehrter Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner: Wie willst du mit diesen Herausforderungen in Bezug auf die beabsichtigten Schließungen der oben genannten KBBE-Gruppen, zum Wohle der Kinder, Eltern und der pädagogischen Teams, umgehen?

Gemeinderat Philipp Ulrich

Dienstag, 17. Jänner 2023

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 19. Jänner 2023

An Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Betrifft: Stille Stunde

Sehr geehrter Herr Stadtrat Kurt Hohensinner,
das Thema Reizüberflutung ist eines der Wichtigsten im Zusammenhang mit Autismus. Viele Betroffene versuchen deshalb in ihrem persönlichen Tagesablauf diese so gering wie möglich zu halten. Was im eigenen Umfeld meistens ganz gut gelingt, ist auf Grund der mangelnden Mitgestaltungsmöglichkeiten in öffentlichen Räumen bzw. Konsumräumen allerdings ein Problem. Vor allem der Einkauf im Supermarkt stellt für viele Autistinnen und Autisten eine immense Herausforderung dar.

Vom Ankommen am Parkplatz bei den vielen Autos geht es nach den elektronischen Eingangstüren weiter in die ersten Gänge des Geschäfts. Dort erwarten sie eine Vielzahl an verschiedenen Gerüchen und grelle bzw. wechselnde Farben auf Werbebanner. Begleitet wird der Einkauf von ständigen Werbejingles, Piepsen der Kassen und zahlreichen Gesprächen der Kund:innen. Das Anstehen an der Kassa, mit mehr oder weniger diskreten Abständen rundet das nicht vorhandene Einkaufsvergnügen für viele Autist:innen dann endgültig ab.

Natürlich lassen sich nicht alle dieser Sinneseinflüsse gänzlich abstellen, aber die ersten europäischen Städte haben bereits Modelle erstellt, um Autistinnen und Autisten den Einkauf so angenehm wie möglich zu gestalten. 2018 in der Schweiz entwickelt und 2020 in Irland übernommen, haben im Frühjahr 2022 auch die ersten beiden deutschen Städte, Bergisch-Gladbach und Hannover die sogenannte „Stille Stunde“ in Filialen des Rewe Konzerns eingeführt. An einem festgelegten Wochentag ist für zwei Stunden der Einkauf ohne Deckenbeleuchtung, Musik und Durchsagen speziell für Autist:innen möglich. Natürlich können davon auch andere Menschen profitieren, die aufgrund der täglichen Belastungen ein besonderes Ruhebedürfnis beim Einkaufen verspüren.

Da dieses Konzept des „stressfreien Einkaufens“ immer häufiger ausprobiert wird, es ein wichtiges Zeichen ist und von den Betroffenen ebenso gut angenommen wird, sollte auch Graz, als Stadt der Menschenrechte und Zugpferd im Bereich der Inklusion, hier aufspringen.

namens des KPÖ Gemeinderatsklubs stelle ich an Sie folgende

Frage

Sind Sie, als zuständiger Stadtrat für Inklusion dazu bereit, Kontakt mit ansässigen Nahversorgern aufzunehmen um eine „stille Einkaufsstunde“ für Menschen mit Autismus in Graz zu ermöglichen?



8011 Graz, Rathaus, Zimmer 236–239

Tel.: + 43 (0) 316 / 872-2151

Fax: + 43 (0) 316 / 872-2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Daniela Katzensteiner

Dienstag, 17. Jänner 2023

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 19. Jänner 2023

An Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler

Betrifft: **Medienkooperationen**

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

namens des KPÖ Gemeinderatsklubs stelle ich an Sie folgende

Frage

Können sie dem Gemeinderat eine Übersicht über die entgeltlichen Medienkooperationen im Jahr 2022 der Ämter und Abteilungen, für die Sie ressortzuständig sind, geben – aufgeschlüsselt nach Amt, Medium und Kosten.

Gemeinderat Kurt Luttenberger

Donnerstag, 19. Jänner 2023

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 19. Jänner 2023

An Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Betrifft: **Boccia für Senior:innen**

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

Bereits im Juli 2020 habe ich eine Frage zu einem „Romanischen Sportzentrum“ im Grazer Südwesten gestellt. Ziel war es, den Grazer Seniorinnen und Senioren einen Platz für Wurfballsportarten wie Boule, Boccia und Pétanque zu geben.

In der schriftlichen Beantwortung hieß es, dass das Sportamt die Idee für Boccia und Sport für Senior:innen als „verfolgenswert“ befindet. Weiter hieß es: *„diesbezüglich gibt es bereits Kontakt zwischen dem Sportamt und dem SeniorInnenbüro (...) Deshalb soll es vor allem am Vormittag verstärkt Sportangebote für SeniorInnen auch auf den Bezirkssportplätzen geben.“*

Bislang ist mir ein derartiges Angebot in meinem Heimatbezirk aber nicht bekannt. Darum stelle ich Ihnen folgende

Frage

Wird es ein im Motivenbericht beschriebenes Sportangebot für Senior:innen im Grazer Westen geben?



8011 Graz, Rathaus, Zimmer 236–239

Tel.: + 43 (0) 316 / 872-2151

Fax: + 43 (0) 316 / 872-2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther

Donnerstag, 19. Jänner 2023

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 19. Jänner 2023

An Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler

Betrifft: **Film-Commission**

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

Mit dem Regierungswechsel im Jahr 2021 ist die Film-Commission vom Bürgermeisterinnenamt in die Abteilung für Wirtschaft- und Tourismusedwicklung übergegangen. Für das Jahr 2022 haben Sie Filmprojekte in der Höhe von rund 360.000,- bewilligt. Laut Voranschlag haben Sie für das Jahr 2023 nur mehr 71.800,- Euro für die Film-Commission budgetiert. In Anbetracht dessen, stelle ich Ihnen im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage

Welche Strategie verfolgen Sie für das Jahr 2023, um die Grazer Filmschaffenden auch in gewohnter Weise weiterhin zu stärken?

Gemeinderätin Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther

Donnerstag, 19. Jänner 2023

Antrag zur dringlichen Behandlung (gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Entlastung für Mieter:innen

Die Wohnkosten stellten schon bisher für viele Menschen eine hohe Belastung dar. Diese Situation wurde in den letzten zwei Jahren durch die hohe Inflation und die Teuerungen u.a. im Energiebereich noch einmal drastisch verschärft.

Während bei den Energiekosten vom Bundesgesetzgeber zum Teil Erleichterungen geschaffen wurden (z.B. Stromkosten), herrscht bei den Mieten dringender Handlungsbedarf. Menschen, die auf dem freien Wohnungsmarkt mieten, haben zum Teil innerhalb weniger Monate mehrere Mieterhöhungen erhalten – und das auch dann, wenn für Vermieter:innen keine erhöhten Kosten wie etwa durch gestiegene Preise für Baumaterial für Renovierungen angefallen waren.

Sich eine günstigere Wohnung zu suchen ist meist unmöglich. Denn bei Neuvermietung haben sich die Angebotspreise insbesondere für Wohnungen, die mit bezugssicherer Energie gespeist werden (Fernwärme statt Gas), massiv erhöht. Mieter:innen von Altbau-Wohnungen könnten theoretisch ihre Miete entsprechend dem Richtwertmietensatz gerichtlich durchsetzen. Praktisch trauen sich viele Mieter:innen das jedoch nicht zu tun, weil die meisten Mietverträge befristet sind und eine Verlängerung des Mietvertrages nach einer solchen Klage unrealistisch ist.

In allen Wohnungen mit freier Mietzinsbildung (frei finanzierte Neubauten) gibt es diese Möglichkeit nicht. Hier kann der Vermieter entsprechend der vereinbarten Indexklausel erhöhen. So können die Mieten mehrmals im Jahr teurer werden. So ganz aktuell in einem Grazer Wohnobjekt in Gösting, wo die Miete im letzten Jahr mehrmals wertgesichert wurde, so dass konkret für eine 72 m²-Wohnung jetzt netto 1.080 Euro beträgt. Netto heißt: ohne Betriebskosten und Heizung. Schließt man Betriebs- und Heizkosten mit ein, bedeutet dies eine Gesamtbelastung von knapp 1.600 Euro – ein Betrag, den viele Menschen noch nicht einmal verdienen.

Daher ist es jetzt höchste Zeit, mit wirksamen Maßnahmen dem Mietwucher zu begegnen.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Der Bundesgesetzgeber wird dazu aufgefordert, ein soziales, modernes Mietrechtsgesetz zu beschließen, das folgende Punkte beinhaltet: Einführung von nachvollziehbaren Mietobergrenzen und Abschaffung der Befristungen.**

- 2. Der Bundesgesetzgeber wird dazu aufgefordert, als Sofortmaßnahme die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass in allen Wohnungen die Indexierung in diesem Jahr auszusetzen sind – egal ob Richtwert-, Kategorie- oder frei vereinbarte Miete in und außerhalb des Mietrechtsgesetzes.**

Gemeinderat Philipp Ulrich

Donnerstag, 19. Jänner 2023

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Formulare in einfacher Sprache

Menschen mit Behinderungen sind sehr vielfältig in ihren Ressourcen und Bedürfnissen. Gerade bei der Gruppe von Menschen mit Lernschwierigkeiten stößt man auf ein besonders breites Spektrum an unterschiedlichen Unterstützungsbedarf. Manche benötigen eine Vollzeitbetreuung, andere wiederum leben sehr selbständig. Gerade die Gruppe der Selbständigen bzw. der Teilzeitbetreuten kann durch spezielle Angebote seitens der Gesellschaft in ihrer Autonomie gestärkt werden.

Eines dieser Angebote wäre, dringend benötigte Informationen in einfacher Sprache zu formulieren. Das würde den Betroffenen helfen, Inhalte schneller zu erfassen und das Gelesene gegebenenfalls auch gleich in die Tat umzusetzen. In einigen behördlichen Bereichen – vor allem jene mit starkem Behindertenbezug wie dem Sozialportal des Landes Steiermark, oder dem Behindertenbeirat der Stadt Graz – werden Dokumente schon zusätzlich in solchen Formaten angeboten.

Der Lebensalltag dieser Menschen umfasst allerdings sehr viel mehr: Sie heiraten, fahren auf Urlaub, ziehen um, gehen in die Kirche oder treten aus dieser aus. Für manche dieser Tätigkeiten benötigt es viele Seiten an Anträgen und genügend Sitzfleisch. Gerade hier können wir ihnen als Stadt Graz unsere Hilfe anbieten und die Formulare so gestalten, dass Menschen mit Lernschwierigkeiten sie selbständig ohne Unterstützung ausfüllen können.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

Das Bürger:innenamt wird ersucht, zu prüfen, welche Formulare besonders geeignet sind, sie für Menschen mit Lernschwierigkeiten in einfacher Sprache zusätzlich anzubieten und dem Gemeinderat bis zu seiner Juni-Sitzung einen dahingehenden Bericht vorzulegen.